

---

06.11.2008

## **Skandal um Gewerbegebietsentwicklung**

### **BBB verlangt Aufklärung und neuen Entwicklungsvertrag**

**Bruchköbel.-** Nachdem in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) vom 04.11.2008 eine Vielzahl teils schwerwiegender Fehler in dem städtebaulichen Vertrag hervorgetreten ist, den die Stadt Bruchköbel durch Bürgermeister und Ersten Stadtrat mit einem Baulandentwickler für die Umsetzung des Gewerbegebiets „Lohfeld“ bereits abgeschlossen hat, verlangt der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) vollständige Aufklärung der Hintergründe. Die Beratung und Beschlussfassung über einen neuen Vertrag müsse natürlich in der Stadtverordnetenversammlung erfolgen. Magistrat und Baulandentwickler werden aufgefordert, den fehlerhaften Vertrag schnellstens einvernehmlich aufzuheben. In der Ausschusssitzung sahen sich Bürgermeister Maibach und Erster Stadtrat Ringel massiven Vorhaltungen vor allem aus den Reihen der BBB-Fraktion, aber auch der SPD-Fraktion ausgesetzt, zu denen der Bürgermeister mit keinem Wort Stellung nehmen konnte und für die sich der Erste Stadtrat in die Entschuldigung flüchten musste, es hätten „Fachleute“ den Vertrag für die Stadt geprüft. Die aufgedeckten Fehler in Abrede stellen konnte niemand.

Der städtebauliche Vertrag war bereits am 11.04.2008 von Bürgermeister und Erstem Stadtrat unterschrieben, mit Dienstsiegel versehen und damit bereits zu Lasten der Stadt rechtswirksam geworden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte von der Existenz des Vertrags erstmals im September 2008 beiläufig erfahren, weil der Magistrat im Zuge der Vertragsdurchführung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu einer Bürgschaft über 4 Millionen € wollte. Auf Drängen von BBB und SPD hatte der Magistrat dann im Oktober 2008 den Fraktionsvorsitzenden den Vertrag vorgelegt, allerdings ohne die Anlagen, die erforderlich sind, um das wirtschaftliche Risiko für die Stadt einschätzen zu können.

Der Vertrag selbst ist in weiten Teilen nicht durch den Ermächtigungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2007 gedeckt und hätte deshalb in jedem Fall vor der Unterzeichnung durch Bürgermeister und Stadtrat der Stadtverordnetenversammlung zur

Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden müssen. So enthält der Vertrag bereits eine wirksame Bürgschaftsverpflichtung zu Lasten der Stadt und zu Gunsten der für den Baulandentwickler finanzierenden Bank. Diese Bürgschaftsverpflichtung hätten Bürgermeister und Erster Stadtrat nach § 51 Nr. 15 der Hessischen Gemeindeordnung ohne vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gar nicht eingehen dürfen. Die BBB-Fraktion wird den Fall daher auch der Kommunalaufsicht mit der Bitte um Aufklärung vorlegen. Überdies enthält der Vertrag noch die - wahrheitswidrige - Zusicherung, die Zustimmung der städtischen Gremien zur Bürgschaft habe bei Vertragsunterzeichnung schon vorgelegen. Außerdem bestehen nicht interessengerechte Honorarregelungen, die dem Ermächtigungsbeschluss zuwiderlaufen, sowie die Übernahme des Prozessrisikos des Entwicklers durch die Stadt, die völlige Auslassung eines Datums, ab dem die Stadt bei einem Scheitern des Projekts „Lohfeld“ eine Haftung treffen solle, und Regelungen, die nach den Worten des durch den Vertrag beauftragten Projektentwicklers auf Rückfrage im HFA gar nicht umgesetzt werden sollen.

Die BBB-Fraktion bezeichnet diesen Vorgang als ausgewachsenen Skandal, so Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold und finanzpolitischer Sprecher Joachim Rechholz. Bürgermeister und Erster Stadtrat hätten die Stadtverordnetenversammlung als übergeordnetes Organ mißachtet und hintergangen. In der Ausschusssitzung hätten sich Bürgermeister und Erster Stadtrat rat- und hilflos gezeigt. Zeitgleich, als in den USA Barak Obama mit dem Slogan „Yes, we can“ zum Präsidenten gewählt worden sei, habe man in den Niederungen der Bruchköbeler Stadtpolitik von Bürgermeister und Erstem Stadtrat den Eindruck gehabt :“No, they can not.“ Offensichtlich sei den neuen Hauptamtlichen Bruchköbels die Tragweite des Projekts nicht klar. Der BBB erinnert daran, dass das „Lohfeld“ das letzte vorgesehene und mit 13,2 Hektar größte Gewerbegebiet der Stadt darstellt, für dessen Umsetzung Millionenbeträge zu bewegen sind. Wenn der Magistrat hier pfusche, könne das Projekt zu einem struktur- und finanzpolitischen Fiasko für Bruchköbel werden. Der BBB frage deshalb auch nach der Rolle des in der Ausschusssitzung - wieder einmal - schweigsam gebliebenen Bürgermeisters. Dieser habe sich in seinem Wahlkampf selbst als „erfahrenen und verantwortungsbewussten Fachmann“ angepriesen und erklärt, er werde die Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung zur „Chefsache“ machen. Da müsse man sich jetzt unweigerlich fragen, ob er denn auch als Firmenchef Verträge von größter Tragweite ohne sorgfältige Prüfung unterschrieben habe. Nach den Anforderungen, die der BBB an Amtsträger stelle, sehe Kompetenz anders aus. Alexander Rabold und Joachim Rechholz betonen aber auch, daß der BBB die Entwicklung des Gewerbegebiets „Lohfeld“ unterstützen und mittragen werde, wenn 1. damit keine unvertretbaren finanziellen Risiken für die Stadt verbunden seien, 2. die strukturpolitischen

Voraussetzungen, Verträglichkeit mit dem Gewerbe der Innenstadt und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze, erfüllt seien und 3. das Verkehrsproblem um das Viadukt zuverlässig gelöst werde. Die Beratung und Beschlussfassung hierzu müsse selbstverständlich im ordnungsgemäßen Verfahren in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.